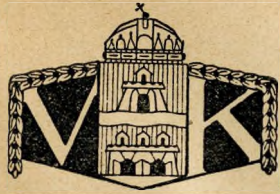


# Budapestre vonatkozó újságcikkek

Osztályozás

665.7



Szerző:

Cím: *Wieder eine brennende Frage.  
/ Ablösung d. Gaswerke. /*

Forrás:

*Neues Budapest Abendbl.*

Bp.

1908. v. 22.

(Hely)

(Idő)

(Köt. v. füz.)

(Oldal)

Hely

Idő

1908

Személy

Helyszám

## Wieder eine brennende Frage.

### Ablösung der Gaswerke.

(V.) Wir kommen aus den brennenden Fragen nicht heraus. Bald sind es die Brod- und Fleischtheuerung, bald die Wohnungsmisere, bald die Geldnoth, die zu einer brennenden Frage sich gestalten. Vor Jahren hat sogar das Wasser das Kunststück vollbracht, „brennend“ zu werden. Momentan ist die Gasfrage eine brennende. Sie brennt den Interessenten der Gaswerke, trotzdem dieselben eine auffallende Ruhe und Gleichgültigkeit zur Schau tragen, auf den Fingern, sie ist brennend für die Gegner der staatlichen und kommunalen Betriebe und am meisten für die Anhänger der Kommunalisierung aller großen Betriebe, auf deren Führung die Kommunität Einfluß zu nehmen vermag.

Am wenigsten brennend ist die Gasfrage allem Anscheine nach für die Gasgesellschaft selbst. Sie bleibt ganz ruhig und greift in die Aktion nur insoweit ein, als ihr Vertrag dies bedingt, stellt keine Fürsprecher auf und thut nichts, um ihren Vortheil zu wahren. Diese Passivität findet in zwei Umständen ihre Erklärung. Die Gesellschaft befindet sich in der glücklichen Lage der Beati possidentes. Will man sie depossidieren, dann muß tief in den Säckel gegriffen werden, die Stadt muß die alten Anlagen mit vielen Millionen ablösen und Geld findet

leicht gute Verwerthung. Der zweite Umstand besteht darin, daß eine förmliche Kommunalisierungswuth ausgebrochen ist. Man ist von einem Extrem ins andere gefallen und möchte, nachdem man früher gegen jeden Eigenbetrieb war, jetzt die Stadtverwaltung mit allen denkbaren Betrieben belasten. Man hat gänzlich veracehen, wie jammervoll die städtische Wasserversorgung mehr als ein Jahrzehnt lang funktionirte und welche Riesensummen aufgewendet werden mußten, um leidliche Zustände herbeizuführen und man will nicht sehen, wie miserabel die Approvisionierung mittelst der im Eigenbetrieb befindlichen Markthallen sich gestaltet hat und welche berechtigten Klagen gegen die gleichfalls im Eigenbetrieb besorarte Abfuhr des Hauskehrichts Tag für Tag laut werden.

Die große Kontroverse über die Zweckmäßigkeit staatlicher und kommunaler Betriebe scheint bei uns vorläufig wenigstens abgeschlossen zu sein. Ehedem wollte man der Kommunalverwaltung keinerlei andere als rein Verwaltungssagen den anvertrauen, jetzt will man, daß sie Alles machen solle. Den Vieh- und Schweinemarkt soll die Stadtverwaltung nicht als Marktherrin, sondern auch durch Fleischkassen monopolisiren, mit Zerealien soll sie den Markt versorgen, das Brod soll sie uns backen, unser Kreditbedürfniß soll sie mit der städtischen Sparkassa befriedigen, in der Bäderfrage soll sie die leitende Posi-

tion einnehmen, das Wasser soll sie uns liefern, Wohnungen soll sie uns bauen, die Erleuchtung, beziehungsweise Beleuchtung soll von ihr ausgehen, Straßenreinigung und Rechtsausfuhr soll sie selbst besorgen und dabei möge sie noch den gesammelten Unterricht und das Spitalswesen leiten, Kanäle bauen, pflastern, die städtischen Liegenschaften gut verwerthen, öffentliche Anlagen schaffen und die bereits bestehenden pflegen, einen Thiergarten sozusagen aus dem Nichts schaffen und — die reguläre, tägliche Verwaltung ordentlich versehen.

Lord Avebury hat uns Budapestern keinen guten Dienst mit seiner Streitschrift gegen die staatlichen und kommunalen Betriebe geleistet. Er wollte zu viel beweisen und hat, bei uns wenigstens, das Gegentheil erzielt. Man glaubte hier, daß das Buch für Budapest geschrieben oder doch für Budapest ins Ungarische übertragen wurde. Lord Avebury hat gewiß nicht in allen Punkten Recht, aber auch nicht in allen Punkten Unrecht. Staat und Stadt haben gewisse Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllen, sie dürfen sich aber nicht überladen nicht zu viel auf sich nehmen, weil sie sonst die primitiveren Pflichten vernachlässigen müssen, weil sie zu vielerlei und zu große Risiken auf sich nehmen, weil sie zu häufig mit einem sehr beträchtlichen Theile der eigenen Bevölkerung in Konflikte gerathen und weil sie einem andern Theile der Be-

völkerung die Möglichkeit zur Bethätigung allzusehr einengen.

Wir wollen nicht für die Gasgesellschaft plaidiren. Ihre Sorge ist nicht unsere Sorge, aber im Interesse des gesunden Menschenverstandes wollen wir uns doch nicht den Uebertreibungen gegenüber ducken und stumm bleiben. In der großen Gaskommission ist der Standpunkt zum Durchbruch gelangt, daß die Gaswerke abzulösen seien und daß die Stadt sich in keinerlei andere Verhandlungen mit der Gesellschaft einlassen soll. Wir geben die Möglichkeit zu, daß die Ablösung die richtigere Lösung sei, wiewohl sich Manches vorbringen ließe, was Bedenken erwecken kann, aber welchen Sinn hat es, sich von vorneherein jeder Erwägung gewaltsam zu verammeln und etwaige Propositionen nicht einmal anhören zu wollen? Sehen und hören kostet nichts. Das sagt schon ein altes Sprichwort. Nur beschränkte oder leichtsinnige, verschwenderische Menschen müssen die Augen schließen und sich die Ohren verstopfen, um nicht schwach zu werden. Haben die Herren Dr. Hecht und Konsorten so wenig Selbstvertrauen und so wenig Vertrauen zu ihren Repräsentanten-Kollegen, daß sie es für unerlässlich halten, die Gasgesellschaft der Möglichkeit zu berauben, eventuell ein Offert zu unterbreiten? Wir sagen: eventuell, denn es ist uns absolut nicht bekannt, ob die Gesellschaft eine gute Ablösung nicht vorzieht einer weiteren Fortführung

des Betriebes unter ganz neuen Be-  
 dingungen, die sich nachträglich durch  
 die Verschlechterung der Arbeiterver-  
 hältnisse oder durch hohe Kohlenpreis-  
 als sehr drückend erweisen können.  
 Wir wissen das nicht, aber das wissen  
 wir, daß die Gesellschaft die Gaswerk-  
 geschaffen hat, daß sie viele Jahre mi-  
 unserer Stadt im Vertragsverhält-  
 niß gestanden ist und keinen besonde-  
 ren Anlaß zu Beschwerden gegeben hat.  
 Das Einlösungsrecht steht unbestrit-  
 ten, aber derzeit und insolange, als die  
 Ablösung nicht durchgeführt, das Geld  
 nicht auf den Tisch gelegt ist, ist die  
 Gesellschaft rechtmäßige Eigenthüme-  
 rin und als solche, sowie als vieljäh-  
 rige Partnerin hat sie vollgültigen  
 Anspruch auf jene höfliche Rücksicht-  
 nahme, welche die Stadt Jedem gegen-  
 über bewahrt, der ihr gegenüber seine  
 Pflicht tadellos erfüllt hat. Baron  
 Peter Herzog und noch ein oder  
 zwei Mitglieder der Kommission mach-  
 ten zwar schüchterne Versuche, diesen  
 primitiven Anforderungen Rechnung  
 zu tragen, sie wurden aber verschüch-  
 tert, weil seit Kurzem Jeder von der  
 Angst befallen ist, man werde ihn für  
 einen Panamisten halten. Nun, was  
 die Verdächtigungssucht betrifft, ist  
 es nicht möglich, sich gegen sie zu  
 schützen. Auch die zu eifrigen Verthei-  
 diger des Eigenbetriebes werden ver-  
 dächtigt, nicht ganz selbstlos zu sein.  
 Dem Einen imputirt man, er wolle  
 Gasdirektor werden, dem Anderen, er  
 wolle die neuen Gaswerke bauen,  
 dem Dritten, er wolle sich Lieferungen  
 sichern u. s. w. . . . Der Wurm der ver-  
 dächtigenden Insinuation findet im-  
 mer leicht eine Stelle, an der er sich  
 einbohren kann. Der Verdächtigung  
 ist Jeder ausgesetzt, ob er etwas thut,  
 oder sich indifferent zeigt, denn auch  
 mit Indifferentismus kann man  
 nützen oder schaden.